

Es geht um die wirtschaftliche Zukunft

Zum Bericht „424 Bürger sprechen sich gegen Verlegung des Bauhofs aus“ in der Ausgabe von Reichenhaller Tagblatt/Freilassinger Anzeiger vom 4. Juli:

Schon seit Längerem ist bekannt, dass sich in Anger eine Bürgerinitiative gegen die Verlegung des gemeindlichen Bauhofs gebildet hat.

Nun hat diese Bürgerinitiative dem Angerer Bürgermeister Silvester Enzinger 424 Unterschriften von Bürgern vorgelegt, davon fünf ungültig, sieben bereits zurückgezogen, die damit dieses Bestreben unterstützen. Es bleiben also 412 Einwohner, die sich anscheinend mit einer Verlegung des Bauhofs nicht anfreunden können.

Selbstverständlich ist es begrüßenswert, dass so viele Bürger sich mit der Gemeindepolitik beschäftigen; nachvollziehbarer wäre dies allerdings, wenn die hierfür angeführten Argumente auch stimmten.

Es dürfte inzwischen satzsaft bekannt sein, dass der Gemeinde durch den neuen Bauhof keine Kosten entstehen. Vielmehr ist es so, dass der alte Bauhof sanierungsbedürftig ist.

Auch werden weder Schule noch Schwimmbad, Tennis- oder Bolzplatz durch die Verlegung des Bauhofs be-

einträchtig: Eingang von Schule und Schwimmbad auf der dem Bauhofgelände gegenüberliegenden Seite; überwiegende Fahrtätigkeit durch den Bauhof vor 7.30 beziehungsweise zwischen 13 und 15.30 Uhr; abgesenkte Container für Grüngut- und Gartenabfälle.

In diesem Zusammenhang muss auch auf den wesentlich höheren Verkehrslärm der Autobahn verwiesen werden, der diese Einrichtungen in ihrer Nutzung offensichtlich nicht beschränkt.

Nun ist aber diese Bauhofverlegung kein Selbstzweck, so schön ein neuer, modernster Standards genügender Bauhof für die Gemeinde Anger auch sein mag.

Vielmehr geht es darum, dass Hans-Peter Porsche auf dem Gelände des bisherigen Bauhofs sowie den Nachbargrundstücken ein Spielzeugmuseum errichtet, in das er etwa 30 Millionen Euro zu investieren beabsichtigt.

Neben ungefähr 30 Arbeitsplätzen, die dort entstehen, gilt es unbedingt auch, die Steigerung der touristischen Bekanntheit und Attraktivität Angers zu berücksichtigen, deren Wert für die wirtschaftliche Entwicklung unse-

rer Gemeinde noch gar nicht abzuschätzen ist. Zur Erinnerung: Anger befindet sich, die Wirtschaftskraft betreffend, an 13. Stelle von 15 Gemeinden im Landkreis, der selbst oberbayernweit weit hinten rangiert.

Jeder von uns erwartet geräumte Straßen im Winter, ein funktionierendes Schwimmbad im Sommer, den Unterhalt von zwei Feuerwehren und Zuschüsse an die Vereine.

Woher soll das Geld dafür kommen, wenn die Wirtschaftskraft in der Gemeinde noch weiter sinkt? Können wir es uns also leisten, einen solchen Investor abzuweisen?

Es geht hier um nichts weniger als die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinde Anger.

Hoffentlich sind sich die Initiatoren des Bürgerbegehrens und die Unterzeichner desselben darüber im Klaren.

Franz Enzinger, Gebhard Enzinger, Christian Zartner, Silvester Enzinger, Dr. Sandra Flatscher, Franz Doff, Herbert Tschakert, Franz Gumpinger, Thomas Grundner, Franz Helminger, Klaus Linhuber, Ludwig Hogger, Christian Hinterstoißer,

Wolfgang Krämer, alle Anger-Aufham

Wohnbebauung statt Abfallbetrieb

Zum Artikel „Entsorgungsbetrieb in Türk vorerst nicht genehmigt“ in der Ausgabe vom 25./26. Juni:

Wohnbebauung statt Abfallbetrieb wäre zu befürworten. Voraussetzung ist natürlich, dass es dafür einen echten Bedarf gibt.

Logisch, dass eine Gesellschaft, die Abfall produziert, diesen auch behandeln und entsorgen muss. Es stellt sich allerdings die Frage, ob in einer Kurstadt wie Bad Reichenhall auch der Müll aus Nachbarlandkreisen wie Traunstein und Salzburg gesammelt, behandelt und entsorgt werden muss, wie es die Firma msp mit ihrer Betriebsverweiterung in Marzoll plant.

Der Abfallmarkt ist ein heiß umkämpfter und mit der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die

noch in diesem Jahr erfolgen soll, wird eine neue Goldgräberstimmung einsetzen. Dort ist eine weitere Liberalisierung vorgesehen, sodass den Kommunen peu à peu die Hoheit über die Abfallströme auch aus den Privathaushalten entzogen wird.

Am 9. Juni 2011 hat der Bayerische Landtag zwei Anträge der Freien Wähler und der SPD mit den Stimmen der Grünen und zahlreicher CSU Abgeordneter beschlossen, die die Staatsregierung auffordern, entsprechende Bestrebungen im Bundestag und Bundesrat zu verhindern. Nur so kann verhindert werden, dass der abfallwirtschaftliche Gewinn privatisiert, Verlustgeschäfte kommunalisiert werden und letztlich der Bürger die Zeche zahlen muss, heißt es in der

Antragsbegründung der Freien Wähler. Der Stadtrat wäre also gut beraten, eine Gewerbefläche dieser Größenordnung für Abfallfirmen nicht zu eröffnen, denn einmal begonnen, werden sich wie auch immer geartete Betriebsverweiterungen kaum verhindern lassen.

Das wird Stadtrat Friedrich Hötendorfer ebenfalls erkannt haben, als er dem Antrag auf Ablehnung doch noch zustimmte, obwohl er zunächst allen anderen Stadträten die Fähigkeit abgesprochen hatte, lesen zu können beziehungsweise Gedächtnisschwund attestierte. Warum also ein Abfallbetrieb an einem Standort, der für Wohnbebauung eine wesentlich bessere Eignung hat? Rita Poser

Kreisverband Bund Naturschutz